

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

### Wir kommen voran

#### Reformen für ein stabileres Europa nehmen Gestalt an



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Bundestag haben wir in der vergangenen Woche die Weichen für ein stabileres Europa gestellt. Mit dem reformierten Rettungsschirm EFSF stellen wir sicher, dass wir Krisen um den Euro künftig besser beherrschen können. Zwar ist der Rettungsschirm keine Garantie dafür, dass wir in den nächsten Monaten oder Jahren nicht mehr in Schwierigkeiten kommen werden, denn die Gefahren bestehen weiter. Aber immerhin haben wir nun vielfältigere Handlungsmöglichkeiten, auf Probleme zu reagieren. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

#### Koalition stellt Handlungsfähigkeit unter Beweis

Wichtiger ist aber vielleicht noch etwas Weiteres: Mit dem Gesetz, das wir verabschiedet haben, stellen wir sicher, dass immer dann, wenn es um Finanzhilfen für angeschlagene Euro-Staaten geht, der Bundestag das letzte Wort hat. Das ist ein Paradigmenwechsel. Die nationalen Parlamente

werden in Europa mehr Gewicht bekommen. Europa wird noch mehr als bisher von den Parlamentariern und nicht nur von den Staats- und Regierungschefs gestaltet werden.

Wir Abgeordnete haben damit aber auch eine große Verantwortung übernommen, der wir nun gerecht werden müssen. Europa wird das Kernthema dieser Legislaturperiode bleiben. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP waren die Motoren bei der Schaffung der Grundlagen für diese neue Parlamentsbeteiligung.

#### „Leben auf Pump wird schwieriger“

Insgesamt hat die christlich-liberale Koalition in diesen Tagen ihre Handlungsfähigkeit voll unter Beweis gestellt. Wir haben am vergangenen Donnerstag eine eindrucksvolle Mehrheit erreicht. Wir sind als Koalition geschlossen aufgetreten. Es ist normal, dass in Fraktionen vor einem so wichtigen Beschluss diskutiert wird. Es ist auch nicht überraschend, dass einige Kollegen ihre Bedenken nicht überwinden konnten. Die Rettungsmaßnahmen sind in der Bevölkerung auch nicht beliebt. Sie müssen erklärt werden. Das ist schwierig. Umso mehr bin ich allen Kollegen dankbar, die für den Rettungsschirm gestimmt haben.

Ganz wichtig war in dieser Woche auch, dass das Europaparlament den EU-Stabilitätspakt verschärft hat. Wir bekommen damit mehr Kontrolle über die nationalen Haushalte. Das Leben auf Pump in Europa wird schwieriger. Auch das ist eine gute Botschaft in dieser Woche.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Wir kommen voran	1
Meilensteine auf dem Weg zu Europa	2
„Auf dem Weg zu einem Europa der Parlamente“	3
Koalition verabschiedet verfassungskonformes Wahlrecht	5
Fachkräftemangel beheben – Integration erleichtern	7
Kein Schlussstrich unter Aufarbeitung der SED-Diktatur	7
„Wir machen globale Zukunftssicherung“	8
Attraktiv sein für die klügsten Köpfe der Welt	9
Energiepolitik im Spannungsfeld zwischen Europa und Nationalstaaten	10
Bezieher kleinerer Einkommen wirksam geschützt	11
Den Nerv der Branche getroffen	11
Letzte Seite	12

## Impressum

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwort.)

Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Meilensteine auf dem Weg zu Europa

## Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm – Stabilitätspakt geschärft



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Der Deutsche Bundestag hat am vergangenen Donnerstag einen bedeutenden Schritt für eine sichere Zukunft Europas getan. Dieser Donnerstag war mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Euro-Rettungsschirm ein guter Tag für die Menschen in Deutschland und in Europa, weil wir die Euro-Krise jetzt tatsächlich in den Griff bekommen können. Mit der übergroßen Mehrheit für den Euro-Rettungsschirm hat der Bundestag ein starkes Signal an die Finanzmärkte und an unsere europäischen Partner gesendet: Deutschland wird seiner Verantwortung für eine Stabilisierung der Euro-Zone und für die Zukunft Europas gerecht. Deutschland hat weltweit an Reputation gewonnen.

Das sehr gute Abstimmungsergebnis hat auch eindrucksvoll vor Augen geführt, dass unsere Fraktion – allen Unkenrufen zum Trotz – mit Leidenschaft und aus Überzeugung bereit ist, unsere Währung, den Euro, zu verteidigen. Erst, wenn man die bewegten Wochen vor dieser Entscheidung Revue passieren lässt, wird klar, wie sehr die Abstimmung für unsere Fraktion zu einem Gemeinschaftserlebnis wurde, aus dem wir Schwung und Optimismus für die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise schöpfen. Das klare Abstimmungsergebnis hat auch die Autorität und die Handlungsfähig-

keit der Regierung herausgestrichen. Regierung und Fraktion werden im Zuge der Bewältigung der Krise alles darangeben, ein Europa der Solidarität und der Verantwortlichkeit zu verwirklichen.

Einen Meilenstein hat diese Woche bereits das Europäische Parlament gesetzt – mit der Verabschiedung des verschärften Stabilitätspakts für die Europäische Union. Bei Verstößen gegen den Pakt können Sanktionen künftig sehr viel leichter verhängt werden, weil für die Einleitung des Verfahrens keine ausdrückliche Zustimmung der Länder mehr nötig ist. Strafen drohen nicht erst, wenn ein Land die Defizitkriterien gerissen hat, sondern bereits, wenn ein Land zielgerichtet auf ein Staatsdefizit von drei Prozent des BIP zusteuert und die Regierung keine Gegenmaßnahmen einleitet. Außerdem: Defizitsünder müssen künftig Geld auf Sperrkonten einzahlen, das gegebenenfalls in ein Bußgeld umgewandelt und eingezogen werden kann.

## Endlich Initiative für Finanztransaktionssteuer

In dieser Woche wurde eine weitere wichtige Entscheidung für ein stabiles Europa getroffen: Die EU-Kommission hat endlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union beschlossen. Das ist ein starkes Signal an die Finanzmärkte und die Spekulanten: In Zukunft müssen nicht mehr nur Steuerzahler und die Realwirtschaft die Zeche für exzessives Finanzmarkthandeln zahlen. Und der Finanzsektor muss der Gesellschaft etwas für seine seit vier Jahren andauernde Rettung zurückzahlen. Schließlich bekommen die Mehrwertsteuerfreien Finanzmärkte mit der Finanztransaktionssteuer die Gelegenheit, sich endlich an der Finanzierung der Menschheitsaufgaben zu beteiligen.

# „Auf dem Weg zu einem Europa der Parlamente“

## Bundestag stimmt mit überwältigender Mehrheit für Reform des Euro-Rettungsschirms



Volker Kauder bei der Abstimmung zur EFSF  
Foto: Tobias Koch

Der Bundestag hat am Donnerstag mit überwältigender Mehrheit der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zugestimmt. Damit wird der deutsche Garantierahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) von bislang 123 Milliarden Euro auf rund 211 Milliarden Euro erhöht. Die EFSF soll mit einem Volumen von 440 Milliarden Euro notleidende Staaten der Euro-Zone vor Zahlungsschwierigkeiten schützen. Neben der Erhöhung des Garantierahmens ist vorgesehen, auch die Instrumente des Rettungsschirms zu erweitern.

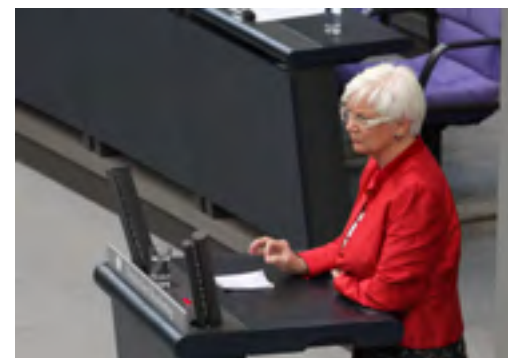
„Wir sind in einer außergewöhnlich schwierigen Lage, weil die Nervosität an den Finanzmärkten hoch ist“, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Debatte, die der Abstimmung vorausging. Diese Volatilität könne sich auch negativ auf die Realwirtschaft auswirken, wie die Staatenwelt bereits in der Bankenkrise erlebt habe, fügte er hinzu. Um die Zustimmung der Abgeordneten zu der Reform warb er mit den Worten: „Und deshalb ist es klug, dass wir unsere Verantwortung in großem Ernst wahrnehmen.“ Europa hänge an der Stärke der deutschen Wirtschaft. Deshalb müsse die Bundesregierung mit ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass Deutschland ein Motor des europäischen Wachstums bleibe, sagte Schäuble. Der Minister kündigte weitgehende Transparenz beim Euro-Rettungsschirm an: „Es wird hier auch nichts verheimlicht oder verschwiegen.“

Bislang seien zu Lasten der EFSF 26 Milliarden Euro für Portugal belegt, für Irland 17,7 Milliarden Euro, erläuterte er. Ausbezahlt seien bislang nur die jeweils bewilligten Raten. Voraussetzung für die Bewilligung wiederum sei die Umsetzung eines Konsolidierungsprogramms. Im Falle von Griechenland wird die nächste Tranche nur dann genehmigt, wenn die sogenannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds ein positives Votum abgibt. Auf Grundlage des Troika-Berichts wird die Euro-Gruppe am 13. Oktober über die Auszahlung der nächsten Tranche entscheiden.

Der Finanzminister lobte, dass die EU-Kommission nach langem Drängen endlich eine Initiative für eine Finanztransaktionssteuer auf den Weg gebracht habe. Die Bundesregierung werde alles dafür tun, dass diese so schnell wie möglich in Europa eingeführt werde, kündigte Schäuble an. Deutschland dränge seit mehr als einem Jahr darauf.

### Kauder lobt erweiterte Mitbestimmungsrechte des Bundestages

Mit Blick auf die erweiterten Mitbestimmungsrechte des Deutschen Bundestages bei der Vergabe von Hilfgeldern sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder: „Von einem Europa der nationalen Regierung, die in den Räten zusam-



Gerda Hasselfeldt in der Debatte  
Foto: Tobias Koch

mensitzen, sind wir auf dem Weg zu einem Europa der Parlamente.“

Eine solche Parlamentsbeteiligung habe es im Bundestag bei solchen

### Mit dem „Sixpack“ zu mehr Stabilität im Euro-Raum

Die Haushaltsdisziplin der EU-Staaten wird künftiger strenger überwacht. Geldstrafen gegen Defizitsünder können früher verhängt werden und höher ausfallen. Das Europaparlament billigte in der vergangenen Woche eine entsprechende Strategie zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das aus sechs Gesetzen bestehende Maßnahmenpaket, das auch Sixpack genannt wird, ist eine Reaktion auf die Krise im Euro-Raum.

Auch ohne eine Änderung der europäischen Verträge sind mit dem Sixpack entscheidende Verbesserungen vor allem der wirtschaftspolitischen Koordinierung möglich. Mitgliedstaaten sollen künftig nicht nur bei einer jährlichen Neuverschuldung von mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bestraft werden können, sondern auch dann, wenn ihr Gesamtschuldenstand sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigt.

Außerdem sind sie zu einer jährlichen Reduzierung ihrer Schulden verpflichtet. Halten sie sich daran nicht, drohen quasi automatisch Sanktionen. Der Finanzministerrat kann sie in fast allen Fällen nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit kippen.

Eine wichtige Konsequenz aus der Krise ist auch, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verringern. Wer künftig den Empfehlungen des Rates nicht folgt und seine Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöht, muss jährlich bestimmte Summen auf ein Sperrkonto hinterlegen. Sie können dann als Bußgeld eingezogen werden.

Und das Sixpack stärkt die mit dem europäischen Semester eingeführte Überwachung der nationalen Haushalte. Das ermöglicht mehr wirtschaftspolitische Koordinierung und bringt mehr wirtschaftliches Gleichgewicht.



Regierungsaufgaben noch nicht gegeben. Der Bundestag werde zukünftig beschließen, wie sich die deutschen Regierungsvertreter auf europäischer Ebene verhalten müssen.

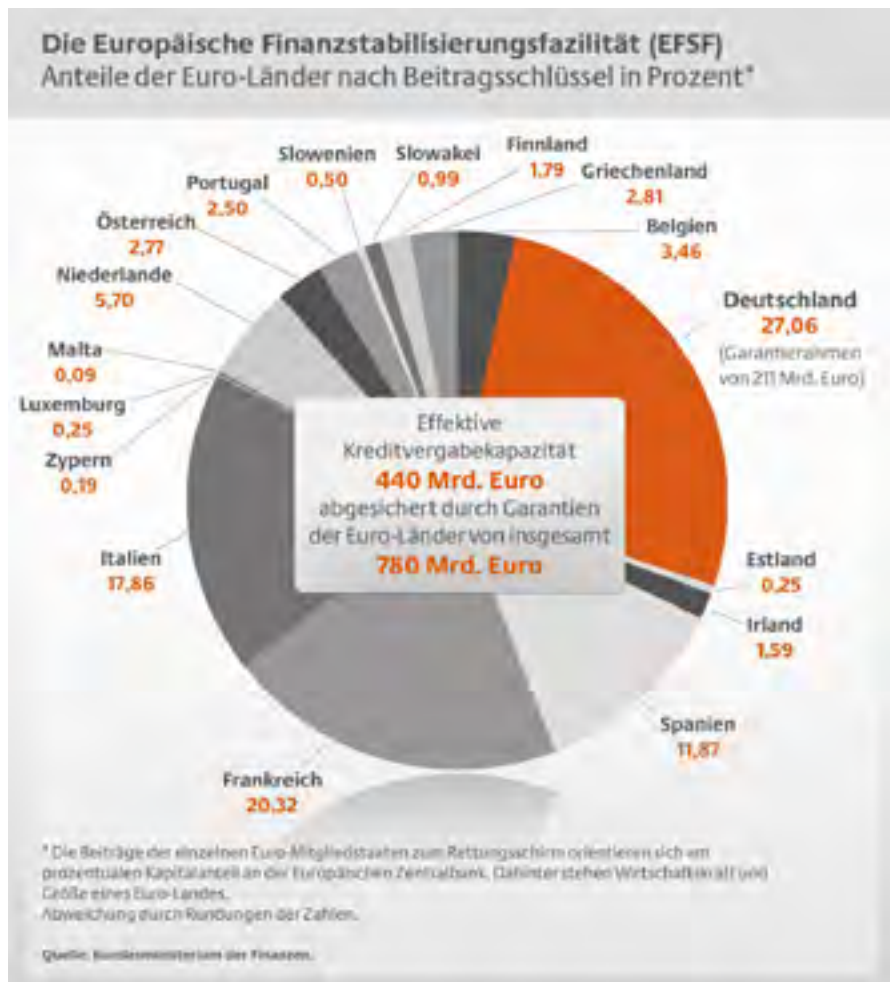
## „Wir sind ein selbstbewusstes Parlament und nehmen unsere Rechte wahr.“

Die Parlamentsbeteiligung gehe damit weit über die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts hinaus. Kauder betonte, dass das Maß an Parlamentsbeteiligung damit auch deutlich höher sei als etwa bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. „Wir sind ein selbstbewusstes Parlament und nehmen unsere Rechte wahr.“



Wolfgang Schäuble im Plenum  
Foto: Tobias Koch

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt betonte, dass die europäische Einigung das größte Friedensprojekt in der Geschichte des Kontinents sei. „Dazu gehört auch der Euro“, unterstrich die CSU-Politikerin. Mit dem Stabilitätsmechanismus werde die Solidarität der Gemeinschaft auf der einen Seite mit der Eigenverantwortung der einzelnen Länder auf der anderen Seite verbunden. „Dieses gehört zusammen, und genau dieses ist im Projekt Euro-Stabilisierung enthalten“, sagte Hasselfeldt. Die Schuldenkrise sei eine Folge der Aufweichung der Stabilitätskriterien unter Rot-Grün.



EFSF-Debatte im Bundestag  
Foto: Tobias Koch

# Koalition verabschiedet verfassungskonformes Wahlrecht

Vorgaben aus Karlsruhe erfüllt – Negatives Stimmengewicht wird beseitigt

Deutschland bekommt ein neues, verfassungskonformes Wahlrecht. Der Bundestag beschloss in der vergangenen Woche die Änderung des Bundeswahlgesetzes, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hatte. Das neue Wahlrecht beseitigt das von Karlsruhe monierte negative Stimmgewicht, indem es die Hauptursache dafür, dass so etwas überhaupt entstehen kann, also die Verbindung der Landeslisten, ausschließt.

Der Kern des Gesetzes ist die Streichung eines einzigen Paragraphen, nämlich des § 7 Bundeswahlgesetz: Nach dem alten Wahlrecht wurden zunächst die Parlamentssitze im Rahmen der bundesweiten Oberverteilung auf die Parteien verteilt. Künftig werden in einem ersten Schritt die Sitze – abhängig von der Anzahl der Wähler im jeweiligen Land – auf die

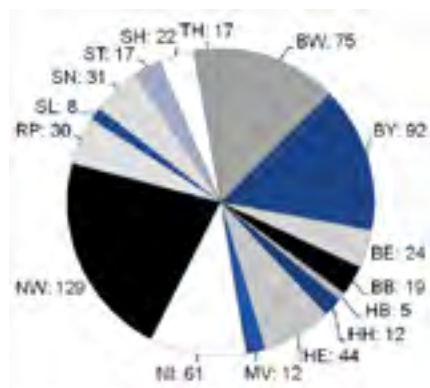


Abb.1 Erster Schritt am Beispiel des Wahlergebnisses 2009 (Grafik Andreas Feser)



Abb. 2 Zweiter Schritt am Beispiel Nordrhein-Westfalen (Grafik Andreas Feser)

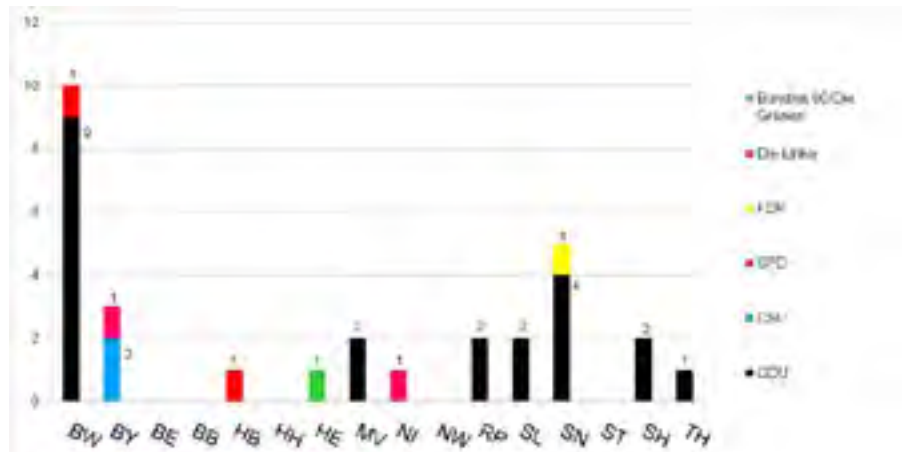


Abb. 3 Überhang und Zusatzmandate (Grafik Andreas Feser)

Länder verteilt (Abb. 1). Innerhalb der Länder werden die Sitze in einem zweiten Schritt auf die Parteien nach der Anzahl der Zweitstimmen verteilt (Abb. 2). Die Direktmandate werden hiervon abgezogen. Prinzipiell gilt weiterhin, dass Überhangmandate entstehen können, sollte eine Partei mehr Direktmandate errungen haben, als ihr Listenmandate zustehen. Auch die Fünf-Prozent-Sperrklausel gilt weiterhin für das gesamte Bundesgebiet.

## Reststimmen werden zusammengefasst

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom Juli 2008 festgestellt, dass mit einer Trennung der Listen Reststimmen nicht mehr nur einmal bundesweit, sondern in jedem Bundesland, also 16 Mal, anfallen. Reststimmen sind Stimmen, die bei der Berechnung der Sitzzuteilung übrig bleiben, weil sie nicht mehr die für einen Sitz nötige Durchschnittsstimmenzahl erreichen. Das Problem unberücksichtigter Reststimmen beseitigt das neue Wahlrecht, indem es diejenigen Stimmen, die nicht mehr für die Zuteilung eines Mandates gereicht haben, zusammenfasst, addiert und für sie bei ausreichender Zahl in

einem dritten Schritt Mandate zuteilt (Abb. 3). Reststimmen werden also nicht mehr verfallen, sondern demokratisch durch zusätzliche Mandate abgebildet. Damit mit dieser Reststimmenlösung kein neues negatives Stimmgewicht entsteht, werden Zusatzmandate, die Parteien mit Überhangmandaten bekommen, immer denjenigen Ländern zugeteilt werden, die mit der höchsten Anzahl an Überhangmandaten aufwarten. In diesen Fällen wird ein Reststimmen-Zusatzmandat mit einem Überhangmandat verrechnet und mit Zweitstimmen unterlegt. Das Überhangmandat wird dadurch zu einem normalen Mandat, was bedeutet, dass auf dieses Mandat aus der Landesliste nachgerückt werden kann.

## Eingriff in Wahlrecht so gering wie möglich

Nach altem Wahlrecht hat der 2009 gewählte Bundestag aktuell 622 Sitze. Die Koalition verfügt über eine Mehrheit von 332 zu 290 Stimmen (Abb. 4). Die Wahlrechts-Reform greift bei der Lösung der vom Verfassungsgericht gestellten Aufgabe in das bewährte Wahlrecht so wenig wie möglich ein. Bei einem Ergebnis wie im Jahr 2009 hätte der Bundestag künftig 628 Sitze: Die

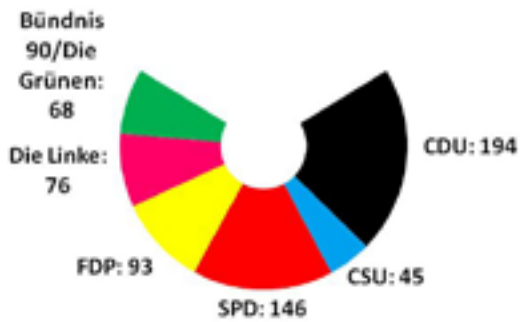


Abb. 4 Ergebnis der Bundestagswahl 2009 nach dem alten Wahlrecht (Grafik Andreas Feser)

Koalition hätte demnach eine Mehrheit von 334 zu 294 Sitzen (Abb. 5).

Mit dem neuen Wahlrecht bleibt das bewährte personalisierte Verhältniswahlrecht erhalten. Das für eine bürgernahe Vertretung wichtige Direktmandat wird nicht angetastet.

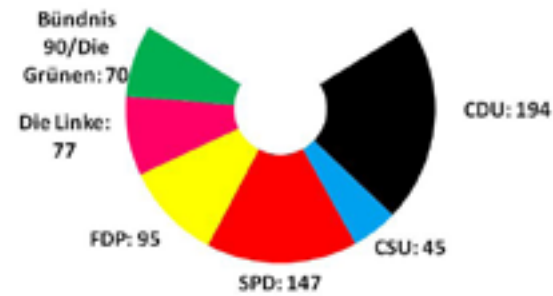


Abb. 5 Ergebnis der Bundestagswahl 2009 nach dem neuen Wahlrecht (Grafik Andreas Feser)

## Negatives Stimmengewicht

Nach einer Bundestagswahl werden den Parteien Sitze im Deutschen Bundestag zugeteilt, zuerst nach Maßgabe der Ergebnisse im Bund, das ist die sogenannte Oberverteilung, danach anhand der Ergebnisse in den einzelnen Bundesländern, das ist die sogenannte Unterverteilung. Alle Sitze werden gemäß der Landeslisten zugeteilt.

Nun kann es passieren, dass eine Partei in einem Bundesland A mehr Direktmandate gewinnt, als ihr gemäß der Zweitstimmenzahl zustehen. Diese Mandate heißen Überhangmandate und werden nicht ausgeglichen.

Zusätzlich kann es vorkommen, dass eine Partei im Bundesland A gerade so viele Zweitstimmen erzielt, dass sie in der Oberverteilung eine feste Anzahl von Sitzen bekommt, aufgrund der Unterverteilung auf die Listen der Partei in den einzelnen Ländern aber ein Mandat weniger erhält. In diesem Fall bekommt diese Partei in einem anderen Bundesland ein Listenmandat mehr. Dieses Paradoxon heißt „negatives Stimmengewicht“.

Es gibt noch weitere Erscheinungen negativen Stimmengewichts beim bestehenden Sitzverteilungsverfahren:

Das Ausgleichsmandatsparadoxon: Wenn eine Partei Stimmen verliert, bekommt sie ein zusätzliches Ausgleichsmandat.

Das Sperrklauselparadoxon: Eine Partei bekommt für mehr Stimmen weniger Sitze, falls mit diesen Stimmen eine andere Partei unter eine Sperrklausel gedrückt wird.

Das Direktmandatsparadoxon: Wenn eine Partei einen Wahlkreis, also ein Direktmandat verliert, bekommt sie insgesamt mehr Sitze.

Das Unterverteilungsparadoxon: Bei der Unterverteilung der Stimmen erhält eine Landesliste weniger Sitze, weil diese mehr Stimmen erhalten hat.

Interne Überhangmandate: Sie können durch zusätzliche Stimmen von Landeslisten ohne Überhangmandate entstehen.

### Beispiele für negatives Stimmengewicht

#### Bundestagswahl 2005: CDU, Sachsen und Nordrhein-Westfalen

Bei der Bundestagswahl 2005 erzielte die CDU insgesamt 13.136.992 Stimmen und damit 173 Mandate ohne Berücksichtigung von Überhangmandaten. In Sachsen bekam sie 795.568 Stimmen und damit einen Anspruch auf zehn der 173 auf die CDU insgesamt entfallenden Sitze. In Nordrhein-Westfalen bekam sie 4.096.112 Stimmen und damit einen Anspruch auf 46 der 173 auf die CDU insgesamt entfallenden Sitze.

Hätte die CDU in Sachsen einige Stimmen mehr erhalten, hätte sie dort einen Anspruch auf elf Mandate erworben, ohne insgesamt die Zahl von 173 Mandaten steigern zu können. Bei der Verteilung auf die Landeslisten wäre dieser Sitz dann in Nordrhein-Westfalen verloren gegangen. Da die CDU in Sachsen 14 Wahlkreise direkt gewonnen hatte, wäre dort kein Mandat gewonnen worden, sondern die Zahl der Überhangmandate von vier auf drei gesunken. Das an die Landesliste Nordrhein-Westfalen nicht mehr vergebbares Mandat dagegen wäre insgesamt für die CDU verloren gewesen. Es hätten also mehr Wähler für die CDU in Sachsen zu weniger Sitzen für die CDU geführt: negatives Stimmengewicht.

#### Bundestagswahl 2009: SPD, Bremen und Bayern

Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte die SPD insgesamt 9.988.843 Stimmen und damit 146 Mandate. In Bremen bekam sie 102.082 Stimmen und damit einen Anspruch auf zwei der 146 auf die SPD insgesamt entfallenden Sitze. In Bayern bekam sie 1.120.100 Stimmen und damit einen Anspruch auf 16 der 146 auf die SPD insgesamt entfallenden Sitze.

Hätte die SPD in Bremen einige Stimmen weniger erhalten, hätte sie dort einen Anspruch auf ein Mandat verloren, ohne dass sich insgesamt die Zahl von 146 Mandaten verringert hätte. Bei der Verteilung auf die Landeslisten wäre dieser Sitz dann zusätzlich an Bayern gegangen. Da die SPD in Bremen beide Wahlkreise direkt gewonnen hatte, wäre dort kein Mandat verloren gegangen, sondern ein Überhangmandat entstanden. Das an die Landesliste Bayern zusätzlich vergebbares Mandat dagegen hätte insgesamt die Mandatszahl der SPD um eins erhöht.

Es hätten also weniger Wähler für die SPD in Bremen zu mehr Sitzen für die SPD geführt: negatives Stimmengewicht.



# Fachkräftemangel beheben – Integration erleichtern

## Bundestag beschließt Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ausländische Berufsabschlüsse sollen künftig in Deutschland leichter anerkannt werden. Das beschloss der Bundestag in der vergangenen Woche. Ziel ist, die Qualifikationen der zugewanderten Menschen für unsere Gesellschaft zu nutzen und ihnen durch die Anerkennung ihrer Abschlüsse den Weg zur Integration zu ebnen.

Wer im Ausland einen Beruf erlernt hat, soll die Chance erhalten, in diesem Beruf bei uns arbeiten zu können. Dabei soll es grundsätzlich keinen Unterschied machen, ob man Arzt oder Architekt ist, ob man in Argentinien oder Ägypten seinen Beruf gelernt hat oder ob man Spätaussiedler ist oder nicht. Entscheidend ist, dass die Qualität der Ausbildung deutschem Niveau entspricht.

Der demografische Wandel führt schon heute zu einem Mangel an qualifizierten Fachkräften, etwa bei Medizin- und Erziehungsberufen, im Pflegebereich und bei sogenannten

MINT-Berufen – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Deshalb ist es wichtig, alle Qualifikationspotenziale im Inland zu aktivieren und zu nutzen.



©Gina Sanders - Fotolia.com

Nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2008 leben in Deutschland 2,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die ihren beruflichen Abschluss im Ausland erworben haben. Mangels Anerkennung kann ein Teil dieser Gruppe keiner ihrer Qua-

lifikation entsprechenden Tätigkeit nachgehen. Die Zahl derer, die bei geänderter Rechtslage ein Anerkennungsverfahren anstreben könnten, wird auf bis zu 300.000 Personen geschätzt.

### Bei Abweichung Anpassungslehrgänge oder Eignungstests

Geschaffen wird nun ein einheitliches Anerkennungsverfahren: Innerhalb von drei Monaten muss geklärt werden, inwieweit die ausländischen Zeugnisse deutschen Abschlüssen entsprechen. Kleinere Abweichungen können mit Berufserfahrung ausgeglichen werden. Größere Abweichungen können dadurch kompensiert werden, dass der Betroffene Eignungsprüfungen ablegt oder an Anpassungslehrgängen teilnimmt.

# Kein Schlussstrich unter Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Bundestag debattiert Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR ist das Bedürfnis der Opfer dieses Unrechtsregimes, ihrer Angehörigen, aber auch der Wissenschaft an Aufklärung unverändert groß. Am Freitag debattierte daher der Bundestag den Koalitionsentwurf zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Mit ihm soll die zum Ende dieses Jahres auslaufende Möglichkeit, bestimmte Angestellte des öffentlichen Dienstes auf eine frühere Stasi-Tätigkeit zu überprüfen, bis zum Jahr 2019 verlängert werden. Darüber hinaus wird der Kreis der Personen, die einer Überprüfung unterzogen werden können, sowie das Zugangsrecht zu den Stasi-Unterlagen erweitert.

Mit den Änderungen soll das Ver-

trauen in die Integrität des Öffentlichen Dienstes, der Verfassungsorgane und anderer Funktionsträger sichergestellt werden. Darüber hinaus wird das Gesetz den sich wandelnden rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen angepasst.

### Glaubwürdigkeit der Behörde sicherstellen

Noch immer werden jährlich knapp 100.000 Anträge auf Auskunft, Einsicht oder Herausgabe der Akten bei der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) gestellt. Der Zugang zu diesen Akten ist, ebenso wie die Möglichkeit zur Überprüfung bestimmter Personengruppen auf eine frühere Stasi-Tätig-

keit, eines der zentralen Instrumente der Aufarbeitung.

Um die Glaubwürdigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde selbst zu gewährleisten, die durch die Beschäftigung von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern beeinträchtigt ist, soll darüber hinaus geregelt werden, dass ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in der BStU nicht beschäftigt werden dürfen. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die bereits in der BStU beschäftigt sind, sollen, ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange, auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung versetzt werden, wenn ihnen dies im Einzelfall zuzumuten ist.

# „Wir machen globale Zukunftssicherung“

## Sibylle Pfeiffer über die Bedeutung der Entwicklungspolitik



Sibylle Pfeiffer  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag zog am Freitag eine Bilanz von 50 Jahren deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Über die Bedeutung des Themas sprach „Fraktion direkt“ mit der entwicklungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Sibylle Pfeiffer.

Unsere Politik steht im Moment vor so großen Herausforderungen wie die Schuldenkrise im Euro-Raum. Demgegenüber scheint die Entwicklungszusammenarbeit ein Orchideenthema zu sein. Worin liegt ihre Bedeutung?

Pfeiffer: Wie gut wir heute Entwicklungspolitik machen, entscheidet über Wohlstand, Sicherheit und Frieden morgen. Unsere militärischen Einsätze liegen immer öfter in Entwicklungsländern, weil dort die Dinge nicht in Ordnung sind. Das führt auch zu einem enormen Migrationsdruck.

Deutschland lebt von der Außenwirtschaft. Wir importieren Rohstoffe und verkaufen unsere Produkte weltweit. Wirtschaftskraft, Märkte, Bevölkerungsschwerpunkte und politische

Macht werden sich in den nächsten Jahrzehnten verlagern, vor allem nach Asien. Entwicklungspolitik gestaltet diesen Prozess auch im Interesse Deutschlands mit.

Verantwortlich für die Hungerkatastrophe in Ostafrika sind Klimawandel, globale Preisentwicklung für Lebensmittel, verfehlte Landwirtschafts- und Handelspolitik und Staatsversagen. Entwicklungspolitik regelt solche zentralen Aufgaben. Wir machen globale Zukunftssicherung.

Nach dem UN-Millenniumsziel sollen die Industriestaaten 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe ausgeben. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Entwicklung enorm gesteigert, erreicht dieses Ziel aber noch nicht. Halten Sie daran fest?

## „Geld ist nicht alles“

Pfeiffer: Die Regierung Merkel stellt mehr Geld für Entwicklungspolitik zur Verfügung als jede andere Bundesregierung zuvor, über 6,3 Milliarden Euro im nächsten Jahr.

Geld ist in der Entwicklungspolitik aber nicht alles. Qualität und Wirkung müssen stimmen. Ein Feld zum Sparen darf Entwicklungspolitik allerdings nicht sein. Deshalb bekennen wir uns zum 0,7-Prozent-Ziel, auch wenn wir zurzeit das Geld dafür aus Steuermitteln nicht haben. Wir erproben innovative Finanzierungsmodelle. Die Wirtschaft soll und kann einen größeren Beitrag zur Entwicklung leisten.

Die Weltbevölkerung wächst explosionsartig. Wie kann man die damit einhergehenden Probleme wie die Verteilung von Nahrungsmitteln und Ressourcen in den Griff bekommen?

Pfeiffer: Jede Sekunde wächst die Weltbevölkerung um 2,6 Menschen, um 82 Millionen pro Jahr. Wenn sich hier nichts ändert, bleiben wir gegen Hunger und Not ohne Chance. Die Bevölkerung Nigerias beispielsweise wird von heute 162 Millionen Menschen auf 433 Millionen Menschen im Jahr 2050 wachsen. Entsprechend mehr Schulen, Krankenhäuser, Lehrer, Ärzte, Häuser, Arbeitsplätze und Nahrungsmittel werden gebraucht, nur um das heutige Niveau zu halten. Entschleunigung des Bevölkerungswachstums ist die vorrangige Aufgabe. Die Entwicklungspolitik erkennt dies mehr und mehr.

Agrarforschung und ländliche Entwicklung haben hohe Priorität. Wir brauchen aber insgesamt mehr Gleichgewicht in der Weltwirtschaft, damit die Märkte Ernährungssicherheit herstellen und Lebenschancen gerechter verteilen. Mit Nahrungsmittelhilfe wie zurzeit in Ostafrika geht es auf Dauer nicht.

Frauen sind der Schlüssel zur Lösung der Bevölkerungsproblematik. Wie können wir Frauen in Entwicklungsländern unterstützen?

Pfeiffer: Rund 44 Millionen Mädchen weltweit erhalten überhaupt keine Schulbildung; jede dritte Frau in Entwicklungsländern ist mit 18 Jahren verheiratet; jährlich bekommen 14 Millionen Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren ein Kind. Mehr Frauenrechte und mehr Bildung gezielt für Mädchen sind die beste Antwort darauf.

Das wirtschaftliche Potenzial von Frauen muss besser genutzt werden. Voraussetzung dafür ist wiederum Bildung. Mit jedem Schuljahr mehr können Mädchen zehn Prozent mehr zum Familieneinkommen beitragen. Das sind die entscheidenden Schlüssel.



# Attraktiv sein für die klügsten Köpfe der Welt

## Kongress der Unionsfraktion zur Internationalisierung von Hochschule und Forschung in Deutschland

Die Internationalisierung der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist keine Strategie für die ferne Zukunft, sondern bereits Realität. Diese Realität gilt es aktiv zu gestalten, damit Deutschland ein attraktiver Wissenschaftsstandort für die klügsten Köpfe der Welt wird. Am vergangenen Mittwoch diskutierten im Reichstag auf Einladung der Unionsfraktion Politiker mit dem „Who is Who“ der deutschen Wissenschaftsszene über die damit zusammenhängenden Fragen und Herausforderungen. Rund 250 Gäste kamen zu dem Kongress mit dem Titel „Internationalisierung der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft – Konkurrenz oder Kooperation?“.

Wissenschaft habe noch nie an nationalen Grenzen Halt gemacht, sagte Bundesforschungsministerin Annette Schavan. Nun komme es aber mehr und mehr darauf an, auch auf institutioneller Ebene gemeinsam Wissenschaft zu betreiben. Sie wies darauf hin, dass über die Grenzen hinweg Institute entstünden, die Themenfelder wie Energie, Gesundheit oder Ernährung bearbeiteten. Forschung gebe heute die „Antwort auf die Frage nach der Idee des guten Lebens im 21. Jahrhundert“. Deshalb komme der wissenschaftlichen Kooperation eine so hohe Bedeutung zu.

### Kein Gegensatz zwischen Kooperation und Konkurrenz

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer nannte die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg eine „Nabelschnur“ für Hochschulen und Forschung. „Das weltweite Wissen wächst in rasantem Tempo, und über 90 Prozent des Weltwissens werden eben nicht bei uns in Deutschland, sondern außerhalb generiert“, mahnte er. In China habe sich die Intensität von Forschung und Entwicklung seit dem Jahr 2000 etwa 30 Mal so schnell entwickelt wie in Europa.



Bundesforschungsministerin Annette Schavan beim Fraktionskongress  
Foto: Steven Rösler

Ebenso wichtig wie die Kooperation sei daher die Konkurrenz, denn sie sei ein Ansporn, in den Anstrengungen nicht nachzulassen.

Auch bei der Podiumsdiskussion mit Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland wurde schnell klar, dass zwischen Wettbewerb und Kooperation kein Gegensatz besteht. Beide seien zwei Seiten einer Medaille. Die wahre Herausforderung sei das konkrete Austarieren beider Handlungsstrategien in der Zusammenarbeit mit einem bestimmten Land und bei einem bestimmten Thema.

### Wissenschaftssystem in Bewegung

Im deutschen Wissenschaftssystem ist viel in Bewegung. Dies wird auch international wahrgenommen. Das massive finanzielle Engagement des Bundes an den Hochschulen in Deutschland hat von 2005 bis 2009 zu einer Steigerung der wissenschaftlichen Stellen um rund 25 Prozent geführt. Alleine durch die Exzellenzinitiative sind 4.000 hochqualifizierte Stellen, davon 300 Professorenstellen, im Wissenschaftssystem geschaffen

worden. Von diesen sind wiederum 25 Prozent mit Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland besetzt. Die Mittel des Forschungsministeriums für die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und den Deutschen Akademischen Austauschdienst sind seit 2005 um 90 Prozent gestiegen.

In einem nächsten Schritt soll die Attraktivität eines Studiums in Deutschland für motivierte junge Menschen aus aller Welt weiter gesteigert werden, indem die Bedingungen für eine Beschäftigung im Anschluss an das Studium und eine Unternehmungsgründung im Hightech-Bereich weiter verbessert werden. Die Attraktivität Deutschlands für die besten Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt könnte beispielsweise durch einen Ausbau von sogenannten Tenure-Track-Optionen erhöht werden. Das bedeutet, dass Juniorprofessoren bei entsprechender Leistung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

# Energiepolitik im Spannungsfeld zwischen Europa und Nationalstaaten

## EU-Kommissar Oettinger und Umweltminister Röttgen beim Energiedialog

Thomas Bareiß brachte es auf den Punkt: „Nationale Energiepolitik muss immer im europäischen Kontext gesehen werden“, sagte der energiepolitische Koordinator der CDU/CSU-Fraktion beim energiepolitischen Dialog in der vergangenen Woche. Zu der Fraktionsveranstaltung waren rund 400 Gäste gekommen. Auch die Gastredner, EU-Energiekommissar Günther Oettinger und Bundesumweltminister Norbert Röttgen, stellten die deutsche Energiepolitik in den Zusammenhang des EU-Binnenmarktes.

Oettinger lobte das Engagement Deutschlands für den europäischen Energiebinnenmarkt und warnte andere Mitgliedstaaten vor einer Blockadehaltung. Die EU benötige dringend auch eine einheitliche Energiestrategie gegenüber Drittstaaten und Energielieferanten, betonte der EU-Kommissar. Zudem kündigte er an, dass er sich in Brüssel für die „Strompreiskompensation“ einsetzen wolle, mit der die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen für die energieintensiven Industrien ausgeglichen werden sollen.

### Energiesparen durch Gebäudesanierung

Oettinger machte darüber hinaus deutlich, dass die ehrgeizigen deutschen Pläne zur Steigerung der Energieeffizienz nur durch Maßnahmen wie die energetische Sanierung von bereits bestehenden Gebäuden zu erreichen seien. In diesem Zusammenhang ging er auch auf die zurzeit intensiv diskutierte EU-Energieeffizienz-Richtlinie ein. Mit dieser Richtlinie möchte die Europäische Kommission einen Beitrag dazu leisten, dass europaweit 20 Prozent des Energieverbrauchs bis 2020 eingespart wird. Um das Ziel zu erreichen, sollen eine verbindliche Sanierungsrate von drei Prozent jährlich für Gebäude im öffentlichen Eigentum oder eine ver-

bindliche Energieeinsparquote für Energieunternehmen von 1,5 Prozent jährlich eingeführt werden.

Auch Umweltminister Norbert Röttgen betonte die Bedeutung von Energieeinsparungen für die Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Er beteuerte daher seine Un-

Projekte mit anderen EU-Mitgliedstaaten notwendig. Dazu soll der Ausbau des EU-Binnenmarktes für Strom und Gas vorangetrieben werden. Von hoher Bedeutung sei auch der Ausbau von Netzen, der die Grundlage für mehr Wettbewerb im Energiesektor darstelle.



Norbert Röttgen und Thomas Bareiß beim energiepolitischen Dialog  
Foto: Steven Rösler

terstützung für die Bestrebungen der EU-Kommission auf diesem Gebiet. Röttgen hob hervor, dass Europa seine Ressourceneffizienz mit Hilfe technologischer Neuerungen verbessern müsse.

### Vorreiterrolle Deutschlands im Bereich der Erneuerbaren festigen

Ein elementarer Bestandteil der Energiewende sind laut Röttgen die erneuerbaren Energien, deren beschleunigter Ausbau auch der europäischen Klimaschutzpolitik diene. Der Umweltminister unterstrich die Vorreiterrolle Deutschlands, das mit seinem Fördermechanismus auf einem der weltweit wichtigsten Märkte Arbeitsplätze geschaffen und technologischen Fortschritt gefördert habe. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien seien auch grenzüberschreitende

In der Podiumsdiskussion diskutierten Vertreter aus Industrie und Politik vor allem die Erprobung einer Abscheidung und unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS), das in Kohlekraftwerken entsteht, als aktuelles Beispiel für technologische Innovationen im Energiebereich. Die Erprobung hatte der Bundesrat in der vergangenen Woche gestoppt. Der Europaabgeordnete Christian Ehlers bedauerte, dass es in Deutschland derart massive Widerstände gegen technologische Innovationen im Energiebereich gebe. Sie gelte es zu beheben. Der stellvertretende energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein, zeigte sich zuversichtlich, dass vielerlei Potenzial in einer umsichtigen europäischen Energiepolitik liege.

## Bezieher kleinerer Einkommen wirksam geschützt

Unionsfraktion informiert beim ver.di-Bundeskongress über ihre Arbeit



Brauksiepe, Lehrieder und Bsirske  
Foto: Dominik Lawatsch

Gewerkschaften sind nach Auffassung der Unionsfraktion unverzichtbar, wenn es darum geht, faire Löhne auszuhandeln. Dies betonte der CDU-Abgeordnete Paul Lehrieder beim parlamentarischen Abend auf dem Kongress der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Leipzig. Die Veranstaltung bot der Arbeitnehmergruppe

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine gute Gelegenheit, mit der wiedergewählten ver.di-Führung um Frank Bsirske und den Delegierten aus ganz Deutschland ins Gespräch zu kommen.

Lehrieder, der Obmann der Unionsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist, hob die Rolle starker Sozialpartner für eine funktionierende Tarifautonomie hervor. Die Politik habe allerdings auch ihre Bereitschaft demonstriert, die Initiative zu ergreifen, wenn die Suche der Tarifpartner nach fairen Löhnen an ihre Grenzen stoße, sagte er. Gerade im Organisationsbereich von ver.di hätten unionsgeführte Bundesregierungen mit allgemeinverbindlichen Branchen-Mindestlöhnen in besonderem Maße Bezieher kleinerer Einkommen vor Wettbewerbsverzerrung und Lohn-

verfall geschützt, betonten Lehrieder und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Ralf Brauksiepe.

Lehrieder freute sich besonders, dass mit Elke Hannack eine Christdemokratin wieder in den engeren Bundesvorstand der mit über zwei Millionen Mitgliedern größten deutschen Einzelgewerkschaft gewählt wurde. Die Einbeziehung der christlich-sozialen Strömung sei leider nicht mehr in allen Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit. Ver.di-Chef Bsirske hob das trotz teilweise unterschiedlicher Auffassungen gute Gesprächsklima zwischen seiner Gewerkschaft und der Union hervor. An Bundeskanzlerin Angela Merkel schätze er, dass sie mit Argumenten zu überzeugen versuche und auf Machtworte verzichte.

## Den Nerv der Branche getroffen

Große Resonanz auf Fachgespräch zur Fischereiwirtschaft – EU-Reformpläne in der Kritik

Die Fischerei ist in Deutschland traditioneller Bestandteil von Wirtschaft und Kultur an der Küste sowie an Flüssen, Seen und Teichen. Eine große Bedeutung hat auch die Binnenfischerei. Die EU will nun ihre Kompetenzen in der Fischereipolitik ausdehnen. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag lehnt eine solche Reform ab.

In einem Fachgespräch, zu dem die Fraktion vergangene Woche geladen hatte, diskutierten Vertreter von Fischereiverbänden, Botschaften, der Länder sowie Parlamentarier die Pläne der EU-Kommission und ihre Auswirkungen für Deutschland. Die große Resonanz zeigte, dass die Fraktion mit der Veranstaltung den Nerv der Branche traf.

Die Unionsfraktion unterstützt

grundsätzlich das Ziel, die Fischerei auf eine ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Basis zu stellen. Kritisiert werden aber bürokratische und praxisferne Regelungen. Die Fraktion fordert eine Reform mit Augenmaß und ein Festhalten am System der „relativen Stabilität“.

### EU muss deutsche Vorleistungen stärker berücksichtigen

Begrüßt wird das Vorhaben, durch Ausweitung mehrjähriger Bewirtschaftungspläne die Bestände nachhaltiger zu bewirtschaften. Dies muss aber nicht nur innerhalb der EU, sondern auch global gelten. Außerdem muss die Kontrolle verbessert und

die illegale Fischerei auf europäischer und internationaler Ebene eingedämmt werden.

Auch eine Reduzierung der Rückwürfe beziehungsweise die Einführung eines Anlandegebotes wird grundsätzlich begrüßt. Dabei muss aber die Prävention durch Vermeidung von Beifängen im Vordergrund stehen. Handelbare Fangquoten werden abgelehnt. Ein Tausch muss möglich bleiben.

Zusammenfassend forderte die Fraktion, dass die Vorleistungen der deutschen Fischereiwirtschaft, etwa beim Kapazitätsabbau, bei den Verhandlungen stärker berücksichtigt werden.



## Erneut weniger Arbeitslose

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im September weiter verbessert. „Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist zurückgegangen. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter, und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch“, teilte die Bundesagentur für Arbeit vergangenen Donnerstag mit.

Danach sank die Zahl der Arbeitslosen im September auf 2.796.000. Das sind 149.000 oder 0,4 Prozentpunkte weniger als im August. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Arbeitslosen um 231.000. Damit lag die Arbeitslosenquote im September bei 6,6 Prozent.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben weiter zugenommen und liegen über Vorjahresniveau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im August gegenüber dem Vorjahr um 515.000 auf 41,20 Millionen gestiegen. Nach der Hochrechnung der BA lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Juli bei 28,36 Millionen.

Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf hohem Niveau. Im September belief sich der Bestand an gemeldeten offenen Arbeitsstellen auf 501.000, 104.000 mehr als im Vorjahr.

## 21 Prozent buchen Urlaubsunterkunft im Internet

Wiesbaden – 21 Prozent der Bürger reservierten im Jahr 2010 nach eigenen Angaben ihre Urlaubsunterkünfte über das Internet. Dies teilte das Statistische Bundesamt zum Welttourismustag in der vergangenen Woche mit. 2009 hatte der Anteil noch bei 17 Prozent gelegen.



PAPSTIN

Zeichnung: Tomicek

### „Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine ([veranstaltungen.cducusu.de](http://veranstaltungen.cducusu.de))

- 17. Oktober 2011 Kongress Bildungsrepublik
- 19. Oktober 2011 Kongress Leistungsfähige Infrastruktur
- 24. Oktober 2011 Kongress Meeresschutz
- 26. Oktober 2011 Kongress Rohstoffversorgung

Am häufigsten nutzten Menschen zwischen 25 und 44 Jahren diese Buchungsmöglichkeit: 35 Prozent von ihnen reservierten ihre Unterkünfte

per Internet. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren nutzte das Internet für diese Zwecke mit acht Prozent am wenigsten. Bei den 45- bis 64-Jährigen lag der Anteil bei 23 Prozent und bei den 16- bis 24-Jährigen bei 15 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)